

Editorial

Noch immer beherrscht „Corona“ das Leben. Das macht auch die kommunalpolitische Arbeit schwieriger.

In den ersten Monaten des Jahres 2021 musste sich der Landkreis Oder-Spree mit der Entscheidung der Landesregierung auseinandersetzen, hier kein Impfzentrum einzurichten. Nachdem ihr zwischenzeitlich eine Lösung für Eisenhüttenstadt, Beeskow und Erkner abgerungen werden konnte, schlossen sich Mitte April für Erstimpfungen wieder diese Tore. Wo kein

Impfstoff geliefert wird, kann nicht geimpft werden.

Der daraus erwachsende Unmut ist ein kommunaler Ausdruck eines nicht mehr nachvollziehbaren Krisenmanagements auf Bundes- und Landesebene. Wenn innerhalb von zwei Tagen alles gesagt wird – auch das Gegenteil – dann sind Unwillen und Empörung aber auch Unsicherheit und Orientierungslosigkeit folgerichtig.

Ich hatte meinen Bericht über den Dezember-Kreistag 2020 mit dem Satz beendet: „Ob bei der Corona-Pandemie oder der Schweinepest: ‚Halbe Sachen‘ sind immer die schlechteste Lösung.“

Dabei bleibe ich, auch wenn Frau Merkel jetzt etwas ähnliches sagt.

Ich wünsche eine hoffentlich interessante Lektüre

Dr. Artur Pech

Fraktionsvorsitzender

Zwischen den Kreistagen

Corona

Es ist nur normal, dass die Probleme der Pandemie auch die Kommunalpolitik im Landkreis Oder-Spree beherrschen. Dabei hat sich eine alte Erkenntnis erneut bestätigt: Die aufopferungsvollste Arbeit an der Basis kann das zentrale Versagen bestenfalls mildern, aber nicht auffangen. Diesen Zusammenhang haben wir in

der Extraausgabe unserer Kreistagsinfo vom 29. März 2021 beschrieben, die online seit einigen Wochen verfügbar ist und in gedruckter Form gemeinsam mit dieser Ausgabe ausgeliefert wird.

Tatsächlich ist das eigentliche Übel nicht das Versagen einzelner Akteure. Das eigentliche Übel kommt aus dem System der Profitwirtschaft.

„Eine Politik, die den Sozialstaat demontiert, Renten kürzt, unsichere Niedriglohnjobs gesetzlich ermöglicht und öffentliche Güter privatisiert, übergeht die Wünsche von Mehrheiten.“

Das Corona-Management der Bundesregierung war das jüngste Beispiel für diese Fehlsteuerung der Politik. Wer kapitalstarken Unternehmen, die ihre Anleger selbst in der Krise noch mit Dividenden verwöhnen, staatliche Milliardenhilfen zukommen lässt, während Freiberufler und Solo-Selbstständige fast nichts bekommen und auch kleineren Unternehmen so unzureichend geholfen wird, dass viele Inhaber die Pleite nicht verhindern können, handelt wohl kaum im Auftrag der Mehrheit.“ (Sahra Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 248)

Auch im Landkreis Oder-Spree bekommen Menschen die Wirkungen dieser Politik zu spüren. Auf meine Nachfrage im Beirat des Jobcenters Oder-Spree wurde mir bestätigt, dass im Jahr 2021 ca. 500 Anträge auf Grundversicherung („Hartz IV“) auf Auswirkungen des Pandemie-Managements zurückzuführen sind. Und während ich diesen Bericht schreibe, leben wir in der „dritten Welle“ und die Zahl der Infektionen nähern sich wieder den Höchstwerten in der zweiten Welle.

Soziale Unterschiede in der COVID-19-Sterblichkeit während der zweiten Infektionswelle in Deutschland

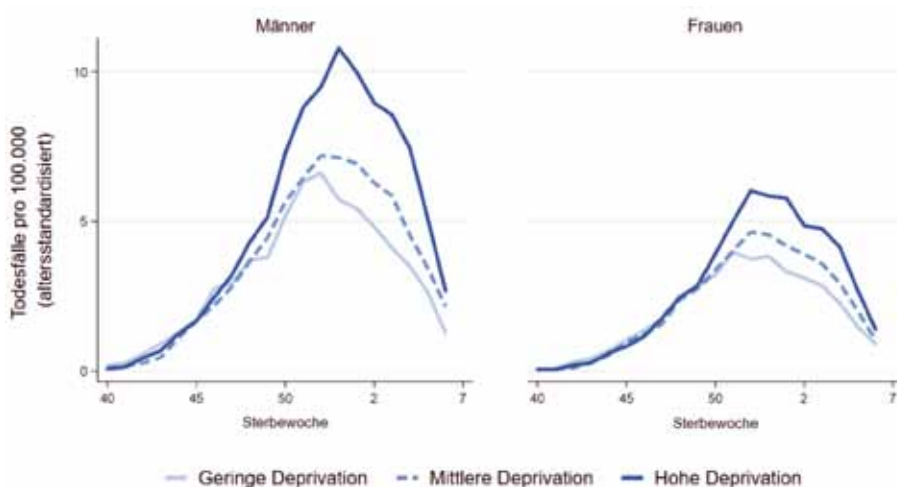


Abbildung 1: Altersstandardisierte COVID-19-Sterblichkeit nach regionaler sozialer Benachteiligung (Deprivation) und Sterbewoche im Herbst und Winter 2020/2021

Quelle: https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/S/Sozialer_Status_Ungleichheit/Faktenblatt_COVID-19-Sterblichkeit.html

Es verlangte Selbstbeherrschung, die Schilderung der Tränen zu ertragen, mit denen selbstbewusste Menschen kämpfen mussten, die gezwungen wurden, Grundsicherung zu beantragen – in einer Gesellschaft, in der das Märchen verbreitet und von vielen geglaubt wird, wer „Hartzen“ muss, sei doch selber schuld. Unter diesen Umständen kann es nicht verwundern, dass die Wut der Betroffenen sich mehr und mehr gegen die Maßnahmen und Institutionen richtet, die in ihren Augen solche materiellen Einbußen verursachen. Und gleichzeitig verdeutlicht eine Studie des Robert-Koch-Instituts, dass noch immer gilt: Weil Du arm bist, musst du früher sterben. (Diagramm S. 1) Oder, wie Dr. Ulrich Schneider (Hauptgeschäftsführer des „Der Paritätische Gesamtverband“) sagte: „Die, die reisen konnten, brachten das Virus, und die Armen baden es zunehmend aus.“

Afrikanische Schweinepest

In der öffentlichen Wahrnehmung steht die Afrikanische Schweinepest (ASP) noch immer ziemlich am Rand.

Entschiebung des Kreistages Oder-Spree vom 2. 12. 2020

In Deutschland war bisher der Landkreis Oder-Spree am stärksten von der afrikanischen Schweinepest betroffen.

Die fortschreitende Ausbreitung macht deutlich, dass die bisherige Strategie des Umgangs mit der ASP gescheitert ist. Es handelt sich nicht um eine Aufgabe, die von den Landkreisen oder einzelnen Bundesländern gelöst werden kann. Auch die Vorstellung, das Problem durch Eindämmung und immer neue Zäune zu lösen, ist eine Illusion.

Was benötigt wird, ist nicht nur eine nationale Strategie des Umgangs mit der Afrikanischen Schweinepest, sondern darüber hinaus ein abgestimmtes Handeln der Europäischen Union, dass sich nicht in der Fragen der Finanzierung von Zäunen oder der Regularien für die Bekämpfung der Tierkrankheit erschöpft, sondern auch die Existenz der vielen in der Landwirtschaft und in den damit verbundenen Gewerben Beschäftigten im Auge hat, die in ihrer Existenz bedroht sind.

In diesem Sinne erwarten wir vom Landtag und der Landesregierung sowie vom Bundestag und der Bundesregierung dringende Maßnahmen

Das ist angesichts von Corona verständlich, verdeckt aber die damit verbundenen Probleme.

Dabei geht es zu allererst um existenzielle Probleme der von den Maßnahmen betroffenen Menschen und Betriebe im Landkreis. Und dann geht es auch um den erheblichen personellen und materiellen Aufwand, den der Landkreis für die damit verbundenen Maßnahmen treiben muss.

Bereits im Dezember 2020 nahm der Kreistag auf unseren Antrag eine Entschliebung zum Umgang mit der Afrikanischen Schweinepest an.

Was danach passierte, sind bestenfalls Alibimaßnahmen. Sie lösen das Problem nicht sondern lindern bestenfalls einen Teil der durch die notwendigen Restriktionen eingetretenen Schäden. Insofern ist das Management der ASP genauso desaströs wie das Corona-Management. Um das Ausmaß verständlich zu machen, will ich aus dem Bericht des Landrates an den Kreistag zitieren:

„Der bisherige Gesamtaufwand (und Auszahlungen) beläuft sich jahresübergreifend auf rund 10,5 Mio. €. Daneben sind bereits weitere Finanzmittel in Höhe von rund 5,6 Mio. € gebunden, wo die Beschaffung bereits läuft bzw. beauftragt ist, so dass nach bisherigem Stand insgesamt 16,1 Mio. € aufgewandt werden mussten.

Dagegen sind die Erträge aus Erstattungen vom Land und einem Nachbar-kreis zu stellen, die mittlerweile eintreffen. Der Landkreis Spree-Neiße hat 456.841,23 € Aufwand für den Zaunbau auf seinem Gebiet erstattet. Zusammen mit den bisherigen Erstattungen und Abschlagszahlungen des Landes Brandenburg ergibt sich ein vorläufiger Betrag von rund 5,85 Mio. €. Damit verbleibt ein vorläufiger Saldo von rund 10,3 Mio. €, der noch offen ist“

Bei diesen Zahlen geht es um Maßnahmen, mit denen der Entwicklung hinterhergelaufen wird. Im Verhältnis dazu sind die Entschädigungen für Landwirte und andere Betroffene vergleichsweise bescheiden. Es wurden bisher insgesamt 817.000 € Entschädigungen beantragt und rund 582.000 € bewilligt (Stand Mitte April 2021). Damit werden aber bei weitem nicht alle tatsächlichen Schäden ausgeglichen. Die werden sich auch noch eine Weile hinziehen und wohl einigen Betrieben die Existenz kosten.

Der Nahverkehrsplan

Der Nahverkehrsplanentwurf war ein Schwerpunkt der Fraktionsarbeit in den vergangenen Wochen. Schließlich berühren Schul- und Arbeitswege, die Fahrt zum Einkaufen oder zum Arzt alle Menschen im Landkreis.

Zur Erinnerung: Am 5. November 2020 war der Entwurf des Nahverkehrsplanes im zuständigen Ausschuss des Kreistages vorgestellt worden und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie die weiteren „Träger öffentlicher Belange“ wurden zur Stellungnahme zu diesem Entwurf aufgefordert.

Dafür war ihnen ursprünglich nur eine sehr kurze Frist eingeräumt worden. Die hätte es unter den Corona-Bedingungen in vielen Kommunen nicht einmal ermöglicht, dass die zuständigen Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen in diese Stellungnahme einbezogen werden konnten. Deshalb hatte unsere Fraktion eine Verlängerung dieser Frist angeregt.

Am 18. Februar 2021 stellte dann das beauftragte Planungsbüro im Fachausschuss seine Vorschläge zur Abwägung der Einwendungen der Träger öffentlicher Belange vor. Die Mitglieder des Ausschusses (allesamt ehrenamtlich in der Kommunalpolitik tätig) erhielten die Abwägungsdokumentation vier Tage vor diesem Termin. Es handelte sich da um ein Konvolut von über 50 Seiten mit über 250 Einwendungen.

Am 4. März 2021 stand dann die „Bestätigung des aufgestellten Nahverkehrsplanes für den übrigen kommunalen ÖPNV des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2021–2025 einschließlich der Anlagen“ auf der Tagesordnung des Ausschusses.

Unsere Fraktion hat alle Arbeitsmöglichkeiten mobilisiert, um sich ein qualifiziertes Bild zu den vorgelegten Unterlagen zu machen, am 1. März 2021 online eine Sondersitzung durchgeführt und dazu auch interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen.

Selbst bei größtem Bemühen war eine umfassende Würdigung der vorgelegten Unterlagen unter diesen Umständen nicht möglich. Es musste eine Konzentration auf Schwerpunkte erfolgen. Dabei kristallisierten sich 32 Einwendungen heraus, bei denen die Fraktion eine Notwendigkeit der Aus-



Foto: Dr. Artur Pech

einandersetzung im Abwägungsverfahren sieht.

Um hier nur ein Beispiel anzuführen: Mit dem vorliegenden Entwurf des Nahverkehrsplanes schreibt das beauftragte Planungsbüro bestehende Regelungen einfach fort. Dabei kommt unter anderem heraus, dass Schülerinnen und Schülern – werden Wartezeiten vor und nach der Schule eingerechnet – bis zu knapp 5 Stunden täglich zugemutet werden können. Da sehen wir dann schon Beratungsbedarf in den Ausschüssen.

Nach einer aufschlussreichen Debatte hat sich dieser Standpunkt dann im Kreisausschuss durchgesetzt. Damit besteht nun die Möglichkeit, die Abwägungen zum Nahverkehrsplan gründlicher zu beraten. Unsere Fraktion hat beantragt, das für die Ausschüsse

- Soziales, Gesundheit und Migration am 27. 4.,
- Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung am 29. 4.,
- Bildung, Kultur und Sport am 4. 5.,
- Bauen, Ordnung und Umwelt am 5. 5. und
- Ausschuss für Haushalt, Finanzen/ Beteiligungen am 17. 5.

auf die Tagesordnung zu setzen und hofft auf eine sachliche Debatte und wahrnehmbares öffentliches Interesse.

Darüber hinaus gab es schon am 25. März 2021 auf Initiative unsrer Fraktion eine Internet-Sondersitzung der AG zur Kreisentwicklung, in der über 50 Personen die Möglichkeit nutzten, die Erläuterungen des Entwurfs zur Kenntnis zu nehmen.

Dreimal Tesla

In der jüngsten Zeit zogen drei Probleme der Tesla-Ansiedlung in Grünheide Aufmerksamkeit auf sich:

■ Corona

Immerhin arbeiten auf dem künftigen Fabrikgelände mehr als 1.000 Menschen, davon nicht wenige aus dem Ausland, die nach den landesüblichen Unsitten der Profitwirtschaft über Subunternehmen beschäftigt sind, nicht viel anders als die in den Fleischfabriken, die im vorigen Jahr zu Corona-Hotspots wurden. Die vor Ostern verzeichneten rund 100 Infektionen waren insofern erwartbar. Der Landkreis Oder-Spree wird ein wachsendes Auge darauf haben müssen, wie die Entwicklung sich dort weiter gestaltet. Und wir werden darauf achten müssen, dass der Investor wegen der von ihm erwarteten Arbeitsplätze auch in dieser Hinsicht nicht anders behandelt wird, als die Fleischindustrie.

■ Die Entwicklung des Umfeldes

Das Konzept zur Entwicklung des Umfeldes wurde am 30. März 2021 vorgestellt. Die den Landkreis und die Menschen im Umfeld besonders berührenden Fragen der Verkehrsinfrastruktur wurden dabei jedoch sehr stiefmütterlich behandelt. Deshalb sollen hier zwei Bemerkungen aus dem Geschäftsbericht des Landrates zitiert werden: „Mit Blick auf die langen Planungsvorläufe im Infrastrukturbereich, insbesondere, wenn Planfeststellungsverfahren erforderlich werden, muss man zur Kenntnis nehmen, dass die Brandenburgische Infrastrukturministerium den Ball in das Spielfeld der lokalen Kommunen geschossen hat, die für die Planungen im Wohnungsbau und bei der sozialen Infrastruktur zuständig sind.“ Und: „Wir sollten dabei aber auch die Landespolitik nicht aus der Verantwortung lassen, denn die Zusagen die Anfang 2020 an die Region und ihre Bevölkerung gemacht wurden müssen eingehalten werden. Ansonsten werden diejenigen die dieses zukunftsträchtige industrielle Ansiedlungsvorhaben aktiv unterstützt haben ungläubwüridig.“

Weniger diplomatisch formuliert: Auch hier wird nach dem Prinzip „teile und herrsche“ verfahren. Durch lammfrommes Verhalten gegenüber der Obrigkeit sind substanzielle Lösungen unter diesen Umständen nicht zu erwarten.

■ Die Unternehmenspolitik

Auch in der Art seines Agierens wird bei dem Investor Tesla in Grünheide deutlich, welche Wirkungen von der Einführung der US-amerikanischen Art von „Unternehmenskultur“ zu erwarten sind. So heißt es bereits jetzt „Tesla zeigt sich genervt“, wenn es um das Genehmigungsverfahren in Grünheide geht.

Der April-Kreistag Oder-Spree online

■ Corona im Kreistag

Wer dachte, dass Missmanagement der Pandemie durch die Landesregierung sei nicht mehr zu toppen, wurde mit dem Bericht des Landrates im Kreistag eines Schlechteren belehrt.

Dem Landkreis war es nach längeren Auseinandersetzungen gelun-

gen, in Eisenhüttenstadt und Beeskow Impfzentren einzurichten und in Kooperation mit der Gemeinde Schöneiche und Ärztinnen und Ärzten um Frau Zeddies auch dort Möglichkeiten für eine wohnortnahe Impfung zu schaffen. Am Tage vor dem Kreistag erhielt dann der Landrat die Nach-

richt, dass in diesen Einrichtungen Termine für eine Erstimpfung nicht mehr vergeben werden dürfen. Dafür werden keine Impfstoffe zur Verfügung gestellt. Es ist schon mehr als unverschämmt, wenn das mit fehlendem Impfstoff erklärt wird, während der für die Impfkampagne in Bran-

denburg zuständige Landesminister Stübgen erklärt, sich um russischen Impfstoff nicht kümmern zu wollen. Da scheint die brandenburgische CDU noch verbissener an Russophobie zu leiden als die bayerische CSU, die sich in Moskau um Impfstoff und darüber hinaus noch um dessen Produktion in Bayern bemüht.

Die russische Zeitung *Komsomolskaja Prawda* kommentierte am Dienstag [23.3.] die weltweite Nachfrage nach dem Coronaimpfstoff **Sputnik V**: Heute erleben wir die Geburt eines neuen russischen Symbols – nach der Kalaschnikow und dem Ballett. Mehr als 50 Länder haben bereits den Wunsch geäußert, den Impfstoff aus Russland zu bekommen. Der Auftragsbestand für **Sputnik V** ist nach vorläufigen konservativen Schätzungen bereits doppelt so hoch wie die jährlichen Einnahmen aus den Waffenexporten! Und das ist erst der Anfang. (...) Was wir nun erreicht haben, ist das Verdienst des sowjetischen Gesundheitssystems, das nicht völlig zunichte gemacht wurde – sowie der russischen und sowjetischen Schule der Virologie und Epidemiologie. Unsere Wissenschaft auf diesem Gebiet ist erhalten geblieben. Als eine ernsthafte Bedrohung auftauchte, hat unser System sehr effektiv zu arbeiten begonnen: Ein bestimmtes Problem musste innerhalb einer kurzen Zeit gelöst werden.

Quelle: Tageszeitung *junge Welt*, 24.3.2021

■ Entschädigungen für durch die Afrikanische Schweinepest geschädigte Betriebe

Betriebe, die durch zum Landkreis angeordnete Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest Verluste erleiden, haben Anspruch auf Entschädigung.

Die Fraktion FDP/BJA/BVFO hatte einen Antrag eingebracht, mit dem die

Bearbeitung solcher Entschädigungen beschleunigt werden sollte. Unsere Fraktion hat diesen Antrag in den verschiedenen Beratungen der Ausschüsse schon vor dem Kreistag unterstützt und wir sind auch bei der Beratung im Kreistag bei dieser Unterstützung geblieben.

Dazu muss man wissen, dass die Kreisverwaltung durch den hohen personellen Aufwand für die Bekämpfung der Corona-Pandemie und gleichzeitig der Afrikanischen Schweinepest extrem gefordert ist. Es geht also nicht um eine Kritik an Menschen, die unter Hochdruck arbeiten. Zugleich aber sind die Belastungen infolge der ASP für betroffene Unternehmen existenzgefährdend. Sie brauchen rechtskonform schnelle Hilfe.

■ Wohnungsbau

Auf der Tagesordnung des Kreistages stand ein „Grundsatzbeschluss für die Errichtung von etwa 65 Wohnungen für sozial Bedürftige und Geflüchtete in der Gemeinde Schöneiche ...“. Diese Vorlage hatte eine mehrjährige Vorgeschichte und gewann dennoch aus sehr aktuellen Gründen Brisanz.

Nachdem dem Landkreis vor drei Jahren eine größere Zahl von Personen zugewiesen wurden, die vor dem Krieg fliehen mussten, stellte sich die Frage der Unterbringung. Da in Schöneiche Wohnungen nicht zur Verfügung standen, wurde mit der Einrichtung eines Heimes eine Übergangslösung geschaffen. Nun haben immer mehr Menschen die bürokratischen Hürden zur Anerkennung ihres Status überwun-

den und sollen deshalb die Heimunterkunft verlassen. Dazu werden Wohnungen gebraucht. Das ist aber wegen des angespannten Wohnungsmarktes im berlinnahen Raum nicht nur für diesen Personenkreis ein Problem. Alle Menschen, die die Voraussetzungen für einen Wohnberechtigungsschein erfüllen, können hier nur schwer eine für sie bezahlbare Wohnung finden. Um dem ein wenig abzuhelpen und zugleich an die bisher erfolgreichen örtlichen Integrationsprozesse anzuknüpfen, sollen nun durch den Landkreis für diese Zielgruppen bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Gleich daneben baut die Gemeinde Schöneiche Sozialwohnungen.

Für den Landkreis wurde Wohnungsbau erst durch eine in jüngerer Zeit vorgenommene Änderung von Landesgesetzen möglich.

So weit, so klar. Die Diskussion um den letztlich mit deutlicher Mehrheit verabschiedeten Beschluss des Kreistages hinterlässt dennoch einen bitteren Nachgeschmack, denn die AfD war zwar nicht gegen die Wohnungen, sehr wohl aber gegen die Berücksichtigung anerkannter geflüchteter Personen bei der Wohnungsvergabe. Und darüber hinaus gab es einen Tag nach diesem Beschluss des Kreistages ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, mit dem der in Berlin eingeführte „Mietendeckel“ annulliert wurde. Der Mangel von bezahlbarem Wohnraum wird nach diesem Urteil weiterwachsenden, der Druck aus Berlin auch in Schöneiche künftig zu einem noch größeren Problem. Dagegen helfen auf Sicht nur Wohnungen in kommunalem Eigentum, für die die kommunalen Eigentümer auf Dauer den Missbrauch zur Profitmaximierung ausschließen können, denn selbst Wohnungen aus dem „sozialen Wohnungsbau“ verlieren nach 15 Jahren diesen Status. Und genau damit ist Schöneiche gegenwärtig konfrontiert.

Berichtigung zu Info-Nr. 1/2021 vom 17. Februar 2021

Im Beitrag „Kommunalpolitiker der LINKEN beraten virtuell zu künftigen Grundfunktionalen Schwerpunkten in Oder-Spree“ auf der Seite 4 ist ein Fehler im Kasten „Grundfunktionale Schwerpunkte in Oder-Spree sind die Kommunen“. Hier ist die Korrektur:

Landkreis Oder-Spree

Tabelle 2: GSP im Landkreis Oder-Spree

GSP-Ortsteil	Gemeinde / Stadt	Amt
Bad Saarow	Bad Saarow	Amt Scharmützelsee
Briesen (Mark)	Briesen (Mark)	Amt Odervorland
Friedland	Friedland (Niederlausitz)	amtsfrei
Grünheide (Mark)	Grünheide (Mark)	amtsfrei
Müllrose	Müllrose	Amt Schlaubetal
Neuzelle	Neuzelle	Amt Neuzelle
Schöneiche	Schöneiche bei Berlin	amtsfrei
Spreehagen	Spreehagen	Amt Spreehagen
Storkow (Mark)	Storkow (Mark)	amtsfrei
Woltersdorf	Woltersdorf	amtsfrei

Impressum:

Linke Politik im Kreistag Oder-Spree – Informationen der Fraktion DIE LINKE. PIRATEN im Kreistag Oder-Spree; V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN, E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de; Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden Redaktionsschluss: 17. April 2021 Auflage: 2 000 Exemplare Autor aller nicht namentlich gekennzeichneten Beiträge dieser Ausgabe: Dr. Artur Pech